

Damit der Sonntag Klarheit bringt

Ex-Ministerin Tanja Gönner zu Gast beim Aktionsbündnis

Tanja Gönner war auf Einladung des Aktionsbündnisses „ProStuttgart 21“ am Donnerstagabend zu Gast im Burladinger Bahnhofssaal, um kurz über das Projekt zu referieren sowie Rede und Antwort zu stehen.

VERA BENDER

Burladingen. Damit die Bürger bei der Volksabstimmung am Sonntag nicht nur Bahnhof verstehen, traf man sich im Burladinger Bahnhof, um über den Stuttgarter Bahnhof zu diskutieren. Mit der ehemaligen Stuttgarter Verkehrsministerin habe man die „wohl kompetenteste Fürsprecherin“ zu Gast, kommentierte Frank Schroft, der unter den Gästen den Landtagsabgeordneten Karl-Wilhelm Röhm, den Ersten Landesbeamten Matthias Frankenberg und Bürgermeister Harry Ebert willkommen hieß.

Im Animationsfilm konnte man schon mal virtuell im ICE von Ulm über die geplante Neubaustrecke nach Stuttgart fahren. Gönner referierte dann über die Fakten und zeigte Verständnis für manche Gegner des Projektes. Denn natürlich seien zehn Jahre eine lange Bauzeit, wenn man die Baustelle quasi di-



In Burladingen machte die CDU-Landtagsabgeordnete Tanja Gönner (rechts) vor reichlich Prominenz Werbung für Stuttgart 21. Foto: Vera Bender

rekt vor der Nase habe, und natürlich seien Gesamtkosten in Höhe von 4,5 Milliarden Euro sehr viel, doch dafür erhalte man nicht nur einen modernen Bahnhof, sondern zugleich die Neubaustrecke samt Anbindung von Messe und Flughafen an den Bahnverkehr.

Stuttgart 21 dürfte zwischenzeitlich jedem bekannt sein, zumal man sogar im Ausland auf die Schwabenmetropole aufmerksam wurde, denn man hatte den Baden-Württembergern eine derartige Protestbewegung gar nicht zugetraut. In Burladingen ging es umso mehr um die morgige Abstimmung über das Kündigungsgesetz. Tanja Gönner riet allen Bürgern im Ländle, in die Wahlbüros zu gehen, denn nur bei einer hohen Wahlbeteiligung sei

auch endlich der Wille der Bürger ersichtlich. Leider sei die Fragestellung bei der Abstimmung sehr verwirrend, bestätigte die CDU-Abgeordnete. „Nur wenn die Mehrheit mit Nein stimmt, wird völlige Klarheit herrschen, wie es weiter geht“, meinte sie. Dann werde weitergebaut – wenn auch unter Protesten. Denn die werden, wie viele Gegner bereits angekündigt haben, weitergehen.

Würden tatsächlich ein Drittel der Wahlberechtigten, also rund 2,5 Millionen Baden-Württemberger, für eine Kündigung der Finanzierung stimmen, dann müssten sich zunächst einmal Gerichte damit beschäftigen, ob dies rechtlich überhaupt möglich sein, gab die Politikerin zu bedenken.